
Vorsitz: Litauen**875. PLENARSITZUNG DES RATES**1. Datum: Freitag, 22. Juli 2011Beginn: 10.10 Uhr
Unterbrechung: 13.10 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 16.15 Uhr2. Vorsitz: A. Krivas3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: OSZE-MISSION IN SKOPJE

Leiter der OSZE-Mission in Skopje (PC.FR/17/11 OSCE+), Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Armenien und Moldau) (PC.DEL/767/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/757/11), Russische Föderation (PC.DEL/777/11), ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Griechenland (Anhang 1), Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: REDE DER KOVORSITZENDEN DER GENFER
GESPRÄCHE

Kovorsitzender der Genfer Gespräche über Sicherheit und Stabilität im Südkaukasus (OSZE), Kovorsitzender der Genfer Gespräche über Sicherheit und Stabilität im Südkaukasus (Vereinte Nationen), Kovorsitzender der Genfer Gespräche über Sicherheit und Stabilität im Südkaukasus (Europäische Union), Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und

Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Aserbaidschan, Moldau und San Marino) (PC.DEL/768/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/758/11), Russische Föderation (PC.DEL/778/11), Georgien, Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DEN WORKSHOP DES VORSITZES 2011 ÜBER DIE FÖRDERUNG VON SICHERHEIT DURCH EIN UMFASSENDES ENTWICKLUNGSKONZEPT FÜR GRENZREGIONEN – EIN KAPAZITÄTSAUFBAUPROGRAMM ANHAND THAILÄNDISCHER ERFAHRUNGEN**

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1003 (PC.DEC/1003) über den Workshop des Vorsitzes 2011 über die Förderung von Sicherheit durch ein umfassendes Entwicklungskonzept für Grenzregionen – ein Kapazitätsaufbauprogramm anhand thailändischer Erfahrungen; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Thailand (Kooperationspartner)

Punkt 4 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER THEMA, TAGESORDNUNG UND MODALITÄTEN DES ZWANZIGSTEN WIRTSCHAFTS- UND UMWELTFORUMS**

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1004 (PC.DEC/1004) über Thema, Tagesordnung und Modalitäten des Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER TAGESORDNUNG UND ORGANISATORISCHE MODALITÄTEN DER MITTELMEERKONFERENZ DER OSZE 2011**

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1005 (PC.DEC/1005) über Tagesordnung und organisatorische Modalitäten der Mittelmeerkonferenz der OSZE 2011; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Israel (Kooperationspartner) (Anhang 2)

Punkt 6 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Jüngster Terroranschlag in der Türkei*: Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und San Marino) (PC.DEL/769/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/760/11), Russische Föderation, Türkei (PC.DEL/775/11)
- (b) *Medienfreiheit in Tadschikistan*: Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Moldau) (PC.DEL/771/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/759/11), Tadschikistan (PC.DEL/762/11 OSCE+)
- (c) *Verhaftung von Goran Hadžić*: Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und San Marino) (PC.DEL/770/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/764/11), Kroatien (Anhang 3), Serbien (Anhang 4)
- (d) *Ereignisse rund um den Fall „News of the World“ im Vereinigten Königreich*: Belarus (PC.DEL/772/11), Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/776/11/Corr.1), Vereinigtes Königreich (Anhang 5)
- (e) *Entkriminalisierung der üblen Nachrede in Kirgisistan*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/765/11)
- (f) *Zwanzigste Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 6. bis 10. Juli 2011 in Belgrad*: Parlamentarische Versammlung der OSZE, Russische Föderation, Belarus

Punkt 7 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden, in der er die Terroranschläge in der Türkei verurteilt*: Vorsitz (CIO.GAL/148/11)
- (b) *OSZE/EU-Kooperationstreffen am 18. Juli 2011 in Brüssel*: Vorsitz (CIO.GAL/148/11)

- (c) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden hinsichtlich der Notwendigkeit eines politischen Dialogs in Albanien:* Vorsitz (CIO.GAL/148/11)
- (d) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden, in der er die Verhaftung von Goran Hadžić begrüßt:* Vorsitz (CIO.GAL/148/11)

Punkt 8 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/126/11 OSCE+): Vertreter des Büros des Generalsekretärs

Punkt 9 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Verabschiedung des Ständigen Vertreters Luxemburgs bei der OSZE, Botschafter Marc Thill, und der Ständigen Vertreterin Spaniens bei der OSZE, Botschafterin Marta Betanzos Roig:* Vorsitz, Luxemburg, Spanien
- (b) *38. Tagung des Rates der Außenminister der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (OIC) vom 28. bis 30. Juni 2011 in Astana:* Kasachstan, Armenien, Zypern, Aserbaidschan
- (c) *Antwort auf eine Erklärung der Russischen Föderation (PC.DEL/721/11) in der 872. Plenarsitzung (Sondersitzung) des Ständigen Rates am 4. Juli 2011:* Albanien (PC.DEL/766/11), Russische Föderation
- (d) *Organisatorische Angelegenheiten:* Russische Föderation, Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 28. Juli 2011, 10.00 Uhr im Neuen Saal



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/875

22 July 2011

Annex 1

GERMAN

Original: ENGLISH

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION GRIECHENLANDS

Danke, Herr Vorsitzender.

Entschuldigen Sie, dass ich in diesem späten Stadium unserer Diskussion das Wort ergreife, aber ich möchte mich, obwohl ich mich der vom Vertreter der polnischen Präsidentschaft verlesenen EU-Erklärung vollinhaltlich anschließe, in meiner nationalen Eigenschaft zu Wort melden.

Was die Wortmeldungen im Anschluss an die Präsentation des Berichts durch den Leiter der OSZE-Mission in Skopje betrifft, möchte ich daran erinnern, dass das Gastland der OSZE-Mission als Teilnehmerstaat der OSZE in Beschluss Nr. 81 des Ständigen Rates vom 12. Oktober 1995 begrüßt wurde, in dem es heißt:

„...Dieser Staat wird bis zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten über seinen Namen in allen OSZE-Angelegenheiten vorläufig als ‚die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien‘ bezeichnet werden.“

Ich möchte Sie ersuchen, diese Erklärung dem heutigen Journal des Ständigen Rates beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION
ISRAELS (KOOPERATIONSPARTNER DER OSZE)**

Danke, Herr Vorsitzender.

Zu Beginn möchte ich dem litauischen Vorsitz und dem irischen Vorsitz der Kontaktgruppe für die Mittelmeerpartner für ihre verständnisvolle Führung und ihre Aktivitäten danken, die zu diesem Beschluss geführt haben, und natürlich auch der Regierung Montenegros für die Abhaltung der Mittelmeerkonferenz 2011.

Herr Vorsitzender,
verehrte Kollegen,

in diesen Zeiten des Umbruchs in der südlichen Mittelmeerregion und im gesamten Nahen Osten, in einer Zeit gewaltiger Veränderungen in unserem Raum, in der die Erfüllung von Träumen und Enttäuschungen gleichzeitig Teil der Realität sind, möchte die israelische Delegation ihren ehrlichen Wunsch und ihre aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass dieser Prozess tatsächlich zu einem „Arabischen Frühling“ führt und dass die gesamte Region demokratischer wird, dass ihre Völker in den Genuss von mehr Freiheiten kommen, in einer besseren wirtschaftlichen Situation leben und bessere Chancen haben werden, die in dieser Region noch immer weit verbreiteten Streitigkeiten zu überwinden.

Angesichts der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten sind wir überzeugt, dass jede Änderung in der Struktur oder Anzahl der Kooperationspartner im Mittelmeerraum verfrüht ist, solange sich die Nebel noch nicht gelichtet haben und die internationale Gemeinschaft, einschließlich der OSZE, nicht zu einer besseren Einschätzung und einem besseren Verständnis der jüngsten Ereignisse gelangt.

Dies war immer unser Standpunkt in Bezug auf den Ruf nach einer Einbeziehung der Palästinensischen Behörde als Kooperationspartner. Die Palästinenser sind noch kein voll entwickelter Staat, und da es eine eindeutige und unbestrittene Regel der OSZE ist, dass nur unabhängige Staaten mit einer funktionierenden Regierung und den nötigen Institutionen Mitglied oder Partner werden können, ist diese Debatte einfach verfrüht, und jetzt noch umso mehr.

Die Tatsache, dass die Palästinenser den Schritt in die Vereinten Nationen machen wollen, ändert nichts an den zwei Punkten, die ich gerade erwähnt habe. Ein solcher Schritt stünde eindeutig im Widerspruch nicht nur zu den früheren Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern, sondern auch zu den Zielen der OSZE, nämlich der Stärkung der Sicherheit und der friedlichen Lösung von Konflikten.

Wir akzeptieren die Zwei-Staaten-Idee als bestmögliches Ergebnis der Verhandlungen, das eine friedliche Lösung des seit Langem bestehenden palästinensisch-israelischen Konflikts ermöglichen würde. Allerdings versuchen die Palästinenser, indem sie eine Anerkennung durch die Vereinten Nationen anstreben, Verhandlungen zu umgehen und in den Genuss aller Vorteile aus der Existenz als Staat zu kommen, ohne verhandeln, schwierige Zugeständnisse machen und Kompromisse erzielen zu müssen, und was in diesem Fall noch störender ist, ohne den Konflikt zu lösen. Genau das, Herr Vorsitzender, ist es, was die Palästinenser auch in der OSZE erreichen möchten. Außerdem führen die Palästinenser in jeder internationalen Organisation, in der sie Mitglied oder Beobachter sind oder irgendeinen anderen Status haben, einen diplomatischen Krieg gegen uns und politisieren jede Debatte, auch die professionellste, um sie in diesem Krieg zu instrumentalisieren. Ich glaube nicht, dass ein Import dieses Problems in die OSZE von uns gewollt oder gerade jetzt gebraucht wird. Die Hamas, die jetzt Teil der Palästinensischen Behörde ist, führt übrigens einen echten Krieg gegen Israel, indem sie täglich aus dem Gazastreifen Raketen auf Zivilisten in israelischen Städten und Dörfern abfeuert.

Herr Vorsitzender, all das bedeutet aber nicht, dass wir nicht versuchen, die Situation vor Ort zu ändern. Wir helfen den Palästinensern, ihre wirtschaftliche Situation und ihre Sicherheitslage zu verbessern; wir arbeiten mit der Palästinensischen Behörde in Ramallah bei Gesundheits- und Bildungsprojekten zusammen; und wir ergreifen Maßnahmen, um den Zugang von Palästinensern zu Gebieten unter israelischer Kontrolle, auch zu Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten in Israel, zu erleichtern. In diesem Geiste haben wir der Teilnahme der Palästinensischen Behörde an früheren Mittelmeerkonferenzen zugestimmt und haben auch keinen Einwand, dass sie von Montenegro zur diesjährigen Konferenz in Budva eingeladen wird. Da es bei dieser Konferenz um Fragen geht, die für die Völker der Region von gegenseitigem Interesse sind, und da die Palästinenser davon auch profitieren können, haben wir kein Problem mit ihrer Einladung. Ich möchte jedoch betonen, dass dies aufgrund der zu erörternden Fragen erfolgen und dass eine solche Teilnahme grundsätzlich von Fall zu Fall geprüft werden sollte; sie sollte nicht als Präzedenzfall bezüglich der Palästinenser als Kooperationspartner gesehen werden, bis sich die Umstände geändert haben und die Bedingungen für eine solche Mitgliedschaft erfüllt sind.

Wir ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 6 (c) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KROATIENS

Herr Vorsitzender,

Kroatien schließt sich vollinhaltlich der Erklärung der Europäischen Union zur Verhaftung von Goran Hadžić an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft folgende Erklärung abgeben.

Die Verhaftung von Goran Hadžić ist tatsächlich eine gute Nachricht. Es ist eine gute Nachricht für die Sache der Justiz, die gesamte Welt und die gesamte Menschheit, aber eine besonders gute Nachricht für die Familien Tausender Opfer einiger der schlimmsten Kriegsverbrechen der jüngeren Geschichte, die in Kroatien während des Angriffs durch das serbische Regime von Slobodan Milošević und die Jugoslawische Volksarmee begangen wurden, bei denen Hadžić als Präsident der sogenannten SAO Krajina nur einer der Verantwortlichen war.

Der Präsident der Republik Kroatien, Dr. Ivo Josipović, Ministerpräsidentin Jadranka Kosor, viele hochrangige Amtsträger sowie Organisationen und Vereinigungen der Teilnehmer des „Vaterländischen Krieges“ haben reagiert und ihre Meinung kundgetan, dass die in Vukovar begangenen Kriegsverbrechen während des bevorstehenden Gerichtsverfahrens gegen Goran Hadžić vollständig untersucht werden sollten, insbesondere im Zusammenhang mit Hunderten noch immer Vermissten, aber auch in Bezug auf die Verantwortung höherer politischer und militärischer Ränge der Jugoslawischen Volksarmee, die sich bisher dem Arm der Justiz entzogen haben. Wir bedauern, dass diese Personen niemals vor dem ICTY im Zusammenhang mit ihrer Verantwortung als Befehlshaber angeklagt wurden.

Wir alle haben lange genug auf diese Nachricht gewartet. Dieses Jahr feierten wir 20 Jahre kroatische Unabhängigkeit und wir gedachten der Einnahme von Vukovar durch die serbischen Besatzungskräfte vor 20 Jahren. Dennoch ist es eine gute Nachricht.

Hier sei auch daran erinnert, dass Goran Hadžić in Kroatien bereits in zwei getrennten Verfahren wegen Kriegsverbrechen verurteilt und in einem dritten Verfahren angeklagt wurde. Hadžić wurde 1999 in Osijek wegen Anstiftung zu Verbrechen, Morden, der Zerstörung einer katholischen Kirche und nichtserbischer Häuser in Tenja 1991 und 1992 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, und in Šibenik wurde er für den maßlosen Beschuss der Gebiete um Šibenik und Vodice, bei dem Waffen zum Einsatz kamen, die durch

internationale Übereinkommen verboten wurden, zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft Vukovar hat Hadžić wegen in Vukovar, insbesondere in Ovčara, begangener Verbrechen und wegen der Ermordung von 1292 Personen nichtserbischer Nationalität in Osijek, Vukovar, Vinkovci, Županja und Bjelovar in den Jahren 1991 und 1992 angeklagt. Die kroatische Regierung wird unter Berücksichtigung der Kompetenzen des ICTY alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um die nationalen Interessen Kroatiens und jene der Opfer zu schützen.

Wir begrüßen den Beschluss der Regierung der Republik Serbien, mit der Verhaftung von Mladić und nun von Hadžić endlich voll mit dem ICTY zusammenzuarbeiten. Wir hoffen und erwarten, dass diese Zusammenarbeit durch die Bereitstellung aller nötigen Unterlagen und Beweismittel für die bevorstehenden Verfahren gegen Mladić und Hadžić und auch für die laufenden Verfahren, von denen sich einige in der Berufungsphase befinden, fortgesetzt wird. Diese Neuausrichtung ist sowohl für Serbien selbst als auch für die weitere Verbesserung unserer gutnachbarlichen Beziehungen sehr wichtig.

Danke, Herr Vorsitzender.

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 6 (c) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SERBIENS

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und Kroatien für ihre Erklärungen zur Verhaftung von Goran Hadžić zu danken.

Vor nicht einmal zwei Monaten konnten wir erfreut die Verhaftung von Ratko Mladić bekannt geben, ein historisches Ereignis für die Region des Westbalkans und darüber hinaus, wobei wir gleichzeitig zugesagt haben, dass Serbien nicht ruhen werde, bis der letzte Flüchtlinge gefangengenommen und dem ICTY übergeben wurde. Mit demütigem Stolz kann ich erklären, dass wir dieses Versprechen eingelöst und den letzten von vielen Beweisen für unsere volle Zusammenarbeit mit dem ICTY geliefert haben.

Goran Hadžić wurde am Mittwoch, dem 20. Juli, in Serbien nach einem langen und gründlichen Ermittlungsverfahren während eines Treffens mit einem Helfer, der ebenfalls festgenommen wurde, verhaftet. Goran Hadžić leistete keinen Widerstand. Nach wenigen Stunden Haft wurde seine Auslieferung nach Den Haag von den zuständigen serbischen Behörden genehmigt und Goran Hadžić erhob keine Beschwerde gegen diesen Beschluss. Er wurde heute an den ICTY überstellt. Damit ist der Fall Goran Hadžić für Serbien noch nicht abgeschlossen, da wir alle Umstände seiner Flucht untersuchen, auch im Zusammenhang mit jenen Personen, die ihm halfen, unterzutauchen.

Bei einer Pressekonferenz kurz nach der Verhaftung von Hadžić betonte Präsident Boris Tadić, dass Serbien mit diesem Akt seine internationale Verpflichtung und vor allem seine moralische Pflicht erfüllt hat. Der Präsident wies auch darauf hin, dass Serbien nun das schwierigste Kapitel in der Zusammenarbeit mit der ICTY abgeschlossen und eine problematische Seite seiner Geschichte umgeblättert hat. Insbesondere hob er hervor, dass die Verhaftung von Goran Hadžić von größter Bedeutung für den Aussöhnungsprozess in der Region, für die Opfer aus anderen Nationen, für Fortschritte in Bezug auf Vertrauen und Rechtsstaatlichkeit sowie für einen Wertewandel in Serbien ist – kurz gesagt, die Ergreifung von Hadžić war nicht das Ergebnis irgendeiner Art von Druck, sondern vielmehr Ausdruck der Tatsache, dass wir uns all der wichtigen Grundsätze und Werte, die die Grundlagen der Demokratie und somit die Voraussetzungen für die europäische Integration bilden, bewusst sind. Vor diesem Hintergrund machte Präsident Tadić darauf aufmerksam, dass keine Krise

in der Europäischen Union den Erweiterungsprozess zum Stillstand bringen dürfe. Ein Stopp des Erweiterungsprozesses, sagte er, wäre ein „tragischer Fehler“.

Herr Vorsitzender,

Gerechtigkeit und Aussöhnung sind die zentralen Pfeiler der Konfliktfolgenbeseitigung. Sie erfordern eine ganzheitliche Strategie und einen umfassenden Ansatz in Bezug auf den Wiederaufbau einer Nachkriegsgesellschaft zur Bewältigung vergangener Verletzungen und nach dem Konflikt weiter bestehender Kränkungen. Wir haben diese Fragen im Laufe der letzten Jahre in der OSZE intensiv erörtert. Lassen Sie mich unsere Überzeugung betonen, dass die OSZE in Serbien einen großen Beitrag nicht nur zur Sensibilisierung für die Wichtigkeit aller Aspekte der Konfliktfolgenbeseitigung, sondern auch zur Unterstützung Serbiens bei der Durchführung der notwendigen Schritte in Richtung ihrer Umsetzung geleistet hat. Lassen Sie mich unsere tief empfundene Dankbarkeit dafür zum Ausdruck bringen, sowie unsere Bereitschaft, unsere Erfahrungen, wann und wo immer es möglich, notwendig und erwünscht ist, weiterzugeben.

Danke, Herr Vorsitzender.

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 6 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs dankt der belarussischen Delegation dafür, dass sie dieses wichtige Thema angesprochen hat. Das Vereinigte Königreich nimmt die Frage der Medienfreiheit und der Medienregulierung sehr ernst. Wir verstehen die von unserem verehrten belarussischen Kollegen geäußerten Besorgnisse.

Das Vereinigte Königreich möchte den Ständigen Rat auf die Erklärungen des britischen Premierministers David Cameron vom 13. und 20. Juli aufmerksam machen, in denen er Details einer Untersuchung über das Abhören von Telefonen bekanntgab. Lordrichter Leveson wird, unterstützt durch ein Gremium angesehener Persönlichkeiten, eine Untersuchung über die Kultur, die Gepflogenheiten und die Ethik der Presse durchführen. Das Gremium wird auch Nachforschungen über das Ausmaß unrechtmäßigen oder unangemessenen Verhaltens bei News International und anderen Zeitungen anstellen. In der Untersuchung wird es nicht nur um die Beziehungen zwischen Presse, Polizei und Politikern, sondern auch um deren individuelles Verhalten gehen.

Wir werden die Teilnehmerstaaten gerne über die Aufgabenstellung der Untersuchung und zu gegebener Zeit über die entsprechenden Berichte in Kenntnis setzen. Ein Bericht über den ersten Teil der Untersuchung ist innerhalb von 12 Monaten zu erwarten.

Herr Vorsitzender, wir stellen fest, dass Belarus auch eine Frage zu den Umständen des Todes von Sean Hoare vorgebracht hat. Das Vereinigte Königreich kann dazu keine Stellungnahme abgeben. Eine gerichtliche Untersuchung der Todesumstände von Sean Hoare wurde eingeleitet und gestern vertagt.

Herr Vorsitzender, wir wären dankbar, wenn Sie ein Exemplar dieser Erklärung dem Journal beifügen lassen könnten.

Danke, Herr Vorsitzender.

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 4 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 1003
WORKSHOP DES VORSITZES 2011 ÜBER DIE FÖRDERUNG VON
SICHERHEIT DURCH EIN UMFASSENDES ENTWICKLUNGS-
KONZEPT FÜR GRENZREGIONEN – EIN KAPAZITÄTSAUFBAU-
PROGRAMM ANHAND THAILÄNDISCHER ERFAHRUNGEN**

Der Ständige Rat –

im Anschluss an die Diskussion im Rahmen der Kontaktgruppe für die asiatischen Kooperationspartner,

erfreut über den in CIO.GAL/139/11 enthaltenen Vorschlag Litauens und Thailands, den OSZE-Partnerschaftsfonds zur Finanzierung eines Projekts für einen „Workshop des Vorsitzes 2011 über die Förderung von Sicherheit durch ein umfassendes Entwicklungskonzept für Grenzregionen – ein Kapazitätsaufbauprogramm anhand thailändischer Erfahrungen“ zu verwenden,

unter Hinweis auf das OSZE-Konzept für Grenzsicherung und -management (MC.DOC/2/05),

unter Hinweis auf die Madrider Ministererklärung zu den Kooperationspartnern der OSZE (MC.DOC/1/07/Corr.1),

unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 5/05 des Ministerrats von Laibach über die Bekämpfung der Gefahr, die von illegalen Drogen ausgeht, (MC.DEC/5/05/Corr.1),

unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 758 des Ständigen Rates über die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Drogenbekämpfung,

unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 813 des Ständigen Rates über den Kampf gegen die Bedrohung durch illegale Drogen und Vorläufersubstanzen,

unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 812 des Ständigen Rates über die Einrichtung eines Partnerschaftsfonds –

beschließt, vorbehaltlich der Verfügbarkeit ausreichender Beiträge, die Verwendung des Partnerschaftsfonds zur Finanzierung des vorgeschlagenen Projekts zu genehmigen;

legt den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern nahe, zu diesem Zweck Beiträge zum Partnerschaftsfonds zu leisten.

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 4 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 1004
THEMA, TAGESORDNUNG UND MODALITÄTEN DES
ZWANZIGSTEN WIRTSCHAFTS- UND UMWELTFORUMS**

Der Ständige Rat –

gemäß Kapitel VII Absätze 21 bis 32 des Helsinki-Dokuments 1992, Kapitel IX Absatz 20 des Budapester Dokuments 1994, Ministerratsbeschluss Nr. 10/04 vom 7. Dezember 2004, Ministerratsbeschluss Nr. 4/06 vom 26. Juli 2006, Beschluss Nr. 743 des Ständigen Rates vom 19. Oktober 2006 und Beschluss Nr. 958 des Ständigen Rates vom 11. November 2010,

gestützt auf das OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension (MC(11).JOUR/2/Corr.1), Ministerratsbeschluss Nr. 11/04 vom 7. Dezember 2004 über die Bekämpfung der Korruption und Ministerratsbeschluss Nr. 2/09 vom 2. Dezember 2009 über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität,

aufbauend auf den Ergebnissen früherer Wirtschafts- und Umweltforen sowie einschlägiger OSZE-Aktivitäten einschließlich Folgemaßnahmen –

beschließt:

1. Das Thema des Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums lautet: „Förderung von Sicherheit und Stabilität durch Good Governance“.
2. Das Zwanzigste Wirtschafts- und Umweltforum wird drei Treffen umfassen, einschließlich zweier Vorbereitungstreffen, von denen eines nicht in Wien stattfinden wird. Das abschließende Treffen wird vom 12. bis 14. September 2012 in Prag abgehalten. Diese Festlegung stellt keinen Präzedenzfall für künftige Treffen des Wirtschafts- und Umweltforums dar. Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE wird diese Treffen unter der Anleitung des OSZE-Vorsitzes 2012 organisieren.

3. Die Tagesordnung des Forums wird folgenden Themen zum Schwerpunkt Good Governance gewidmet sein:
 - Stärkung und Umsetzung der Mechanismen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unter besonderer Berücksichtigung von Risikobewertung und internationaler Zusammenarbeit;
 - Förderung von Good Governance und Transparenz, auch durch Korruptionsbekämpfung, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der sozioökonomischen Entwicklung;
 - Beitrag der Zivilgesellschaft, der Medien und der Privatwirtschaft zur Unterstützung von Good Governance und von Initiativen zur Korruptionsbekämpfung.
4. Die Tagesordnungen der Treffen des Forums, einschließlich der Zeitpläne und der Themen der Arbeitssitzungen, werden nach ihrer Vereinbarung durch die Teilnehmerstaaten im Wirtschafts- und Umweltausschuss vom OSZE-Vorsitz 2012 vorgeschlagen und festgelegt.
5. Darüber hinaus wird das Wirtschafts- und Umweltforum nach Maßgabe seiner Aufgaben die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der Wirtschafts- und Umweltdimension überprüfen. Die Überprüfung, die in die Tagesordnung des Forums aufzunehmen ist, wird sich mit den OSZE-Verpflichtungen auseinandersetzen, die für das Thema des Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums von Belang sind.
6. In die Erörterungen des Forums sollten dimensionsübergreifende Beiträge anderer OSZE-Gremien sowie einschlägiger, unter der Anleitung des OSZE-Vorsitzes 2012 vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE organisierter Treffen und von Beratungen in verschiedenen internationalen Organisationen einfließen.
7. Außerdem wird das Wirtschafts- und Umweltforum nach Maßgabe seiner Aufgaben die laufenden und künftigen Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension erörtern, insbesondere die Arbeit in Durchführung des OSZE-Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension.
8. Den Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, hochrangige Vertreter zu entsenden, die für die Gestaltung der internationalen Wirtschafts- und Umweltpolitik im OSZE-Raum verantwortlich sind. Die Aufnahme von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft und anderer maßgeblicher Akteure der Zivilgesellschaft in die Delegationen wäre wünschenswert.
9. Wie schon in den Vorjahren soll das Format des Wirtschafts- und Umweltforums die aktive Mitwirkung einschlägiger internationaler Organisationen ermöglichen und zu offenen Diskussionen anregen.
10. Die folgenden internationalen Organisationen, internationalen Gremien, regionalen Gruppierungen und Staatenkonferenzen werden eingeladen, am Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforum teilzunehmen: Asiatische Entwicklungsbank, Euro-Arktischer Barents-Rat, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, Zentraleuropäische Initiative, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende

Maßnahmen in Asien, Europarat, Rat der Ostsee-Anrainerstaaten, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egmont-Gruppe, Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, Eurasische Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Europäische Investitionsbank, Europol, Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, Internationale Antikorruptionsakademie, Internationale Arbeitsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Interpol, Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ für den Nahen Osten und Nordafrika, MONEYVAL, Nordatlantikvertrags-Organisation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM, Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, Regionaler Kooperationsrat, Sekretariat der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft, Schanghai-Kooperationsorganisation, Südosteuropäische Kooperationsinitiative, Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht, Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik, Umweltprogramm der Vereinten Nationen, Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, Weltbank-Gruppe, Weltzollorganisation, Welthandelsorganisation und andere einschlägige Organisationen.

11. Die Kooperationspartner der OSZE werden eingeladen, am Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforum teilzunehmen.

12. Auf Ersuchen der Delegation eines OSZE-Teilnehmerstaats können gegebenenfalls auch regionale Gruppierungen oder wissenschaftliche Experten und Vertreter der Wirtschaft eingeladen werden, am Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforum teilzunehmen.

13. Vorbehaltlich der Bestimmungen von Kapitel IV Absätze 15 und 16 des Helsinki-Dokuments 1992 werden auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, die über einschlägige Erfahrungen zum Diskussionsthema verfügen, zur Teilnahme am Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforum eingeladen.

14. Im Einklang mit der in den letzten Jahren für Treffen des Wirtschafts- und Umweltforums und deren Vorbereitung eingeführten Praxis wird der Vorsitz des Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums zusammenfassende Schlussfolgerungen und politische Empfehlungen vorlegen, die aus den Erörterungen abgeleitet werden. Der Wirtschafts- und Umweltausschuss wird darüber hinaus die Schlussfolgerungen des Vorsitzes und die Berichte der Berichterstatter in seine Erörterungen einbeziehen, damit der Ständige Rat die für die entsprechende politische Umsetzung und geeignete Folgemaßnahmen nötigen Beschlüsse fassen kann.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.DEC/1005

22 July 2011

GERMAN

Original: ENGLISH

875. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 875, Punkt 5 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 1005
TAGESORDNUNG UND ORGANISATORISCHE MODALITÄTEN DER
MITTELMEERKONFERENZ DER OSZE 2011

Budva (Montenegro), 10. und 11. Oktober 2011

Der Ständig Rat –

erfreut über das Angebot Montenegros, die Mittelmeerkonferenz der OSZE 2011 auszurichten,

im Anschluss an die Diskussion in der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum –

beschließt, die Mittelmeerkonferenz der OSZE 2011 zum Thema „Demokratischer Wandel: Herausforderungen und Chancen in der Mittelmeerregion“ am 10. und 11. Oktober 2011 in Budva (Montenegro) abzuhalten;

verabschiedet die Tagesordnung, den Zeitplan und die organisatorischen Modalitäten der Konferenz laut Anhang.

TAGESORDNUNG UND ORGANISATORISCHE MODALITÄTEN DER MITTELMEERKONFERENZ DER OSZE 2011 ÜBER DIE MITTELMEERPARTNER UND DIE OSZE „DEMOKRATISCHER WANDEL: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN IN DER MITTELMEERREGION“

Budva (Montenegro), 10. und 11. Oktober 2011

I. Vorläufige Tagesordnung

Einleitung

Die Ereignisse während des „Arabischen Frühlings“ in diesem Jahr zeugten vom Wunsch der Menschen im südlichen Mittelmeerraum, in freien und demokratischen Gesellschaften zu leben. Die Mittelmeerländer reagieren – sei es durch schrittweise Evolution oder eine dramatische Revolution – auf den Ruf nach Veränderungen und wir sind Zeugen eines demokratischen Wandels in der gesamten Region.

Viele Teilnehmerstaaten, auch unser Gastland Montenegro, haben selbst in jüngster Zeit diesen Prozess durchgemacht, und die OSZE mit ihrem beeindruckenden und umfassenden Instrumentarium hat den Partnerländern Unterstützung bei ihrem demokratischen Wandel angeboten.

Vor diesem Hintergrund wurde die Tagesordnung für die diesjährige Mittelmeerkonferenz im Hinblick auf ein Maximum an Chancen für die Weitergabe von bewährten Praktiken und Erfahrungen durch die Teilnehmerstaaten und die Mittelmeerpartner in maßgeblichen einschlägigen Themen formuliert. Sie soll dem in der Gedenkerklärung von Astana geäußerten Bekenntnis zur Verstärkung der Zusammenarbeit der OSZE mit den Partnern Ausdruck verleihen und den Mittelmeerpartnern Gelegenheit geben, ihre Wünsche in Bezug auf einen etwaigen Beschluss oder eine etwaige Erklärung des Ministerrats von Wilna zu signalisieren.

Montag, 10. Oktober 2011

13.30–14.30 Uhr	Registrierung der Teilnehmer
14.30–15.15 Uhr	Feierliche Eröffnung
15.15–15.30 Uhr	Kaffeepause

- 15.30–17.30 Uhr Sitzung 1: Die Rolle der Polizei und der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften
- Polizeireform
 - Förderung der Partnerschaft zwischen Polizei und Öffentlichkeit
 - Demokratische Kontrolle der Streitkräfte unter Bezugnahme auf den FSK-Beschluss Nr. 1/08 betreffend die Verankerung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit im öffentlichen Bewusstsein und dessen Öffnung im Hinblick auf die Kooperationspartner
- Dienstag, 11. Oktober 2011**
- 10.00–12.00 Uhr Sitzung 2: Förderung von Menschenrechten, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Wahlreform
 - Rechtspflege, einschließlich der Unabhängigkeit der Richter und der Übergangsjustiz
 - Medienfreiheit, einschließlich der Förderung freier und pluralistischer Medien, der Rolle sozialer und digitaler Medien und von Maßnahmen zur Förderung der Professionalität, Sorgfalt und Einhaltung ethischer Normen
- 12.00–14.00 Uhr Mittagessen
- 14.00–16.00 Uhr Sitzung 3: Stärkung von Good Governance
- Ordnungspolitische Reformen im Interesse einer effizienten sozioökonomischen Entwicklung
 - Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche
 - Die Rolle der Transparenz bei der Förderung von Good Governance
- 16.00–16.30 Uhr Kaffeepause
- 16.30–17.30 Uhr Schlusssitzung
- 17.30 Uhr Ende der Konferenz

II. Teilnahme

Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) nehmen an der Konferenz teil und leisten Beiträge dazu. Die Kooperationspartner in Asien (Afghanistan, Australien, Japan, die Republik Korea, die Mongolei und Thailand) werden eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen und Beiträge zu leisten.

Die OSZE-Institutionen, einschließlich der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, werden eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen und Beiträge zu leisten. Die folgenden internationalen Organisationen und Institutionen werden eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen und Beiträge zu leisten: Initiative für das Adriatische und das Ionische Meer, Afrikanische Entwicklungsbank, Afrikanische Union, Zentraleuropäische Initiative, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien, Europarat, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Europäische Investitionsbank, Exekutivkomitee der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Dialog 5+5 über Migration im westlichen Mittelmeerraum, Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung, Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, Internationaler Währungsfonds, Internationale Organisation für Migration, Islamische Entwicklungsbank, Liga der arabischen Staaten, Mittelmeerforum, Nordatlantikvertrags-Organisation, OPEC-Fonds, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, Regionaler Kooperationsrat, Schanghai-Kooperationsorganisation, Südosteuropäische Kooperationsinitiative, Südosteuropäischer Kooperationsprozess, Union für das Mittelmeer, Vereinte Nationen, „Allianz der Zivilisationen“ der Vereinten Nationen, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Umweltprogramm der Vereinten Nationen, Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen und Weltbank.

Vertreter von Nichtregierungsorganisationen haben die Möglichkeit, gemäß den einschlägigen Bestimmungen und Gepflogenheiten der OSZE der Konferenz beizuwohnen und Beiträge zu leisten (vorherige Registrierung erforderlich).

Andere Länder und Organisationen können vom Gastland eingeladen werden.

III. Organisatorische Modalitäten

Die Konferenz beginnt am Montag, dem 10. Oktober 2011, um 14.30 Uhr (feierliche Eröffnung) und endet am Dienstag, dem 11. Oktober 2011, um 17.30 Uhr.

Für jede Sitzung gibt es einen Moderator und einen Berichterstatter, die vom Vorsitz bestellt werden. Der zusammenfassende Bericht wird dem Ständigen Rat zur weiteren Behandlung übermittelt.

Es werden entsprechende Vorkehrungen für eine Berichterstattung in den Medien getroffen.

Die Arbeitssprache ist Englisch. Auf Ersuchen mehrerer Teilnehmerstaaten wird für Dolmetschung aus dem Französischen und in das Französische gesorgt. Dies stellt keinen Präzedenzfall dar, auf den man sich unter anderen Umständen berufen kann.

Die Geschäftsordnung der OSZE gilt sinngemäß für die Konferenz. Es werden auch die Richtlinien für die Abhaltung von OSZE-Treffen (Beschluss Nr. 762 des Ständigen Rates) berücksichtigt.